

# HANDLUNGSFÄHIGER RECHTSSTAAT

Sicherheit gibt es nur mit einem handlungsfähigen Rechtsstaat. Dafür braucht es nicht nur gute Gesetze, sondern vor allem genügend Richter, Staatsanwälte und Justizvollzugsbedienstete, die für zügige Gerichtsverfahren, schnelle Urteile und einen erfolgreichen Strafvollzug sorgen.

## WAS HAT DIE SPD IM LANDTAG GEMACHT?

Die SPD hat den Personalabbau der letzten Jahre nicht nur gestoppt, sondern stattdessen zusätzliche Stellen in allen Bereichen der Justiz geschaffen.

### AUSGANGSLAGE 2014

Unter Schwarzgelb wurde ein massiver Stellenabbau in der Justiz betrieben. Ergebnis dieser verfehlten Politik waren überlastete Staatsanwaltschaften und Gerichte und damit in der Folge lange Gerichtsverfahren. Die Bediensteten fühlten sich durch den Stellenabbau überlastet und durch schlechte Bezahlung demotiviert.

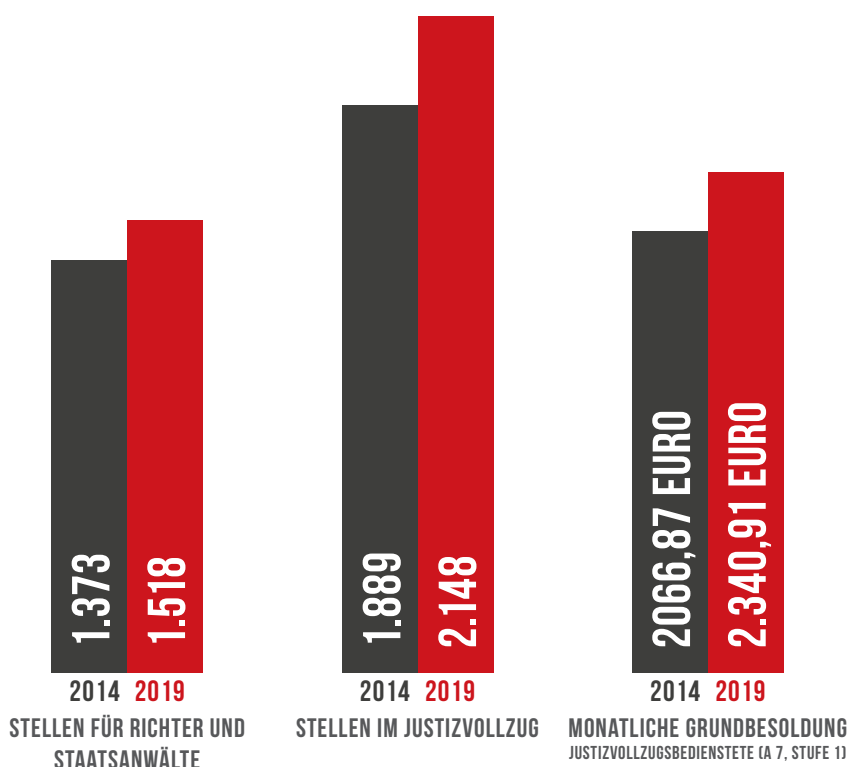
Durch vorgezogene **NEUEINSTELLUNGEN** haben wir die unausgewogene Altersstruktur vor allem in der Richterschaft verbessert und der in den nächsten Jahren kommenden „Ruhestandswelle“ vorgebeugt.

Außerdem haben wir die von CDU und FDP abgeschaffte **SONDERZAHLUNG** (Weihnachtsgeld) wieder eingeführt – sie ist jetzt Bestandteil des Grundgehalts.

Neu eingeführt wurden **AMTSANWALTSCHAFTEN**. Staatsanwälte sollen so von einfachen Fällen entlastet werden und sich auf die Verfolgung schwerer Kriminalität und komplexe Fälle konzentrieren können.

Im vergangenen Jahr wurde ein **JUGENDARRESTVOLLZUGSGESETZ** verabschiedet, es ist Grundlage für einen erzieherisch ausgestalteten Vollzug des Jugendarrestes. Zudem sind die übrigen sächsischen Vollzugsgesetze überarbeitet worden, um für mehr Sicherheit in den Haftanstalten zu sorgen.

Auch der **OPFERSCHUTZ** wurde gestärkt, beispielsweise durch hauptamtliche Opferschutzbeauftragte in den Polizeidirektionen.



ENTWICKLUNG BEI DER JUSTIZ

# KONKRET

- Stopp des Stellenabbaus und Schaffung neuer Stellen
- Mit vorgezogene Neueinstellungen über Bedarf haben wir die unausgewogene Altersstruktur vor allem in der sächsischen Richterschaft verbessert und der in den nächsten Jahren kommenden „Ruhestandswelle“ vorgebeugt
- Wiedereinführung der Sonderzahlung
- Stärkung des Opferschutzes

## FRAGEN UND ANTWORTEN

### Warum haben sich die Verfahrensdauern trotz der Personalverbesserungen nicht überall verkürzt?

Die Entwicklung des Geschäftsanfalls in den Gerichtsbarkeiten ist sehr unterschiedlich (so gab es zum Beispiel einen Zuwachs bei den Asylverfahren, während Arbeitsgerichtsverfahren eher zurückgingen). Aus dienstrechtlichen Gründen ist es nur eingeschränkt möglich, Richter von einer Gerichtsbarkeit zu einer anderen abzuordnen. Die Stellenaufstockungen der letzten Jahre kamen insbesondere den Staatsanwaltschaften (von 338 auf 383) und den Verwaltungsgerichten (von 76 auf 117) zugute. Aber auch die Sozialgerichte (von 131 auf 148) und die Ordentliche Gerichtsbarkeit, also Amts- und Landgerichte sowie das Oberlandesgericht in Dresden, haben profitiert (von 756 auf 785).

### Warum brauchen wir im Justizvollzug mehr Personal?

In den vergangenen Jahren hat der Stellenabbau für großen Frust bei den ohnehin stark belasteten Bediensteten gesorgt, weil die Arbeit mit den Gefangenen bereits unter

guten Bedingungen sehr anspruchsvoll ist. Sachsen hat im Ländervergleich gute Strafvollzugsgesetze, die großen Wert auf Resozialisierung legen. Dafür braucht man genügend Menschen, die mit den Gefangenen arbeiten. Zudem müssen die bereits in den Justizvollzugsanstalten arbeitenden Bediensteten entlastet und die Sicherheit in den Anstalten gewährleistet werden.

### Warum sollte man Geld in den Justizvollzug investieren?

Resozialisierung kostet Geld, ist jedoch ein wesentlicher Bestandteil der Haftzeit. Resozialisierung kommt nicht nur den Strafgefangenen zugute. Auch die Gesellschaft profitiert davon, wenn Straftäter nach ihrer Haft „sauber bleiben“. Mit Wegsperrern allein ist es nicht getan.

#### PARLAMENTARISCHE INITIATIVEN

Besoldungsanpassung u.a. wegen Sonderzahlung, Drs 6/5079; BE HFA mit ÄA Koalition: Drs. 6/6394

Antrag Gemeinsam für wirksamen Opferschutz in Sachsen 6/13748

Gesetz über den Jugendarrestvollzug im Freistaat Sachsen 6/13475; BE VRA mit ÄA der Koalition: 6/16420

6/777 (DHH 2015/16)

6/5550 (DHH 2017/18)

6/13900 (DHH 2019/20)

Eine Information der SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag zur parlamentarischen Arbeit in der 6. Legislatur.

SPD-FRAKTION IM SÄCHSISCHEN LANDTAG

BERNHARD-VON-LINDENAU-PLATZ 1, 01067 DRESDEN

# DAS KANN SICH SEHEN LASSEN.

